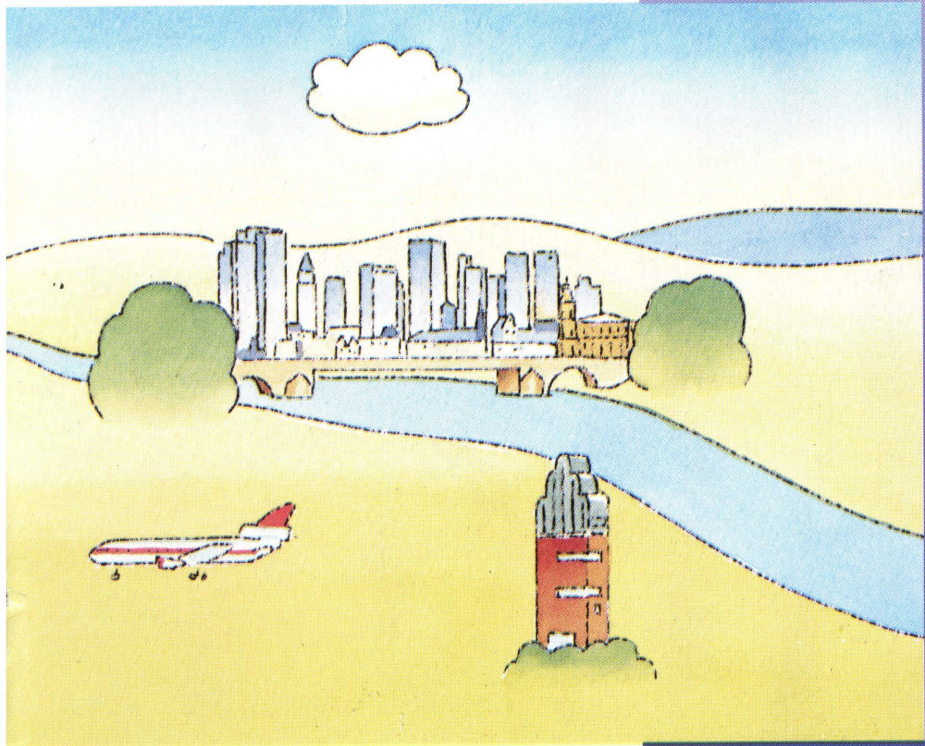


Hessen

in der Europäischen Union



---

**Europäische Kommission**

**Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland**

**Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn**

Vertretung in Berlin,  
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,  
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der  
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –  
mit Quellenangabe gestattet

---





## Hessen

### in der Europäischen Union

Die Hessische Landesregierung sieht zu einer weiteren europäischen Einigung keine Alternative. Mit allen Mitteln, die ein deutsches Bundesland hat, fördern wir den Einigungsprozeß. Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union profitieren von der Integration, in den zentralen, wohlhabenden Regionen wie Hessen ebenso wie in den benachteiligten Regionen Südeuropas oder Irlands.

Es gehört zu meinen politischen Grundüberzeugungen, daß politische Aufgaben auf möglichst niedriger Ebene gelöst werden sollten. Nur so ist gewährleistet, daß die Menschen, und um nichts sonst geht es letztlich in der Politik, die Chance bekommen, sich möglichst intensiv zu beteiligen.

Die Hessische Landesregierung verbindet deshalb ihre Forderung nach der weiteren Einigung Europas grundsätzlich immer mit der Forderung nach der Stärkung des Föderalismus in Europa.

Der Föderalismus bewahrt in der Einheit die Vielfalt, bewahrt eine europäische Kulturgemeinschaft, in der sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wechselseitig anerkennen und tolerieren. Er hat nichts gemein mit einem bornierten, engstirnigen, fremdenfeindlichen Regionalismus.

Ich verkenne nicht, daß sich in den wohlhabenden Regionen Europas ein „Wohlstandschauvinismus“ herausbilden kann. Doch dem Widerstand gegen das Teilen mit den Schwachen müssen wir entschlossen entgegenreten. Grundzüge des Föderalismus sind wechselseitige

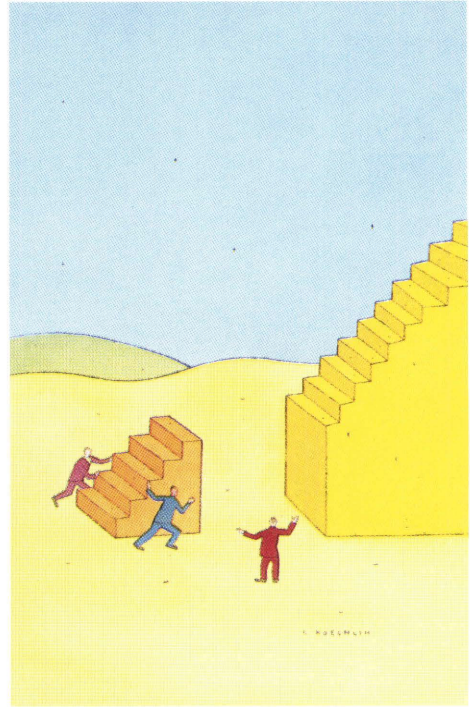
Toleranz und vor allem Solidarität, eine soziale und räumliche Ausgrenzung ist dem Föderalismus fremd.

Hans Eichel,  
Ministerpräsident des Landes Hessen

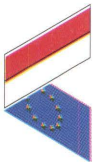


## HESSEN IN EUROPA

### Finanzpolitische Aufgaben bestimmen die Wirtschaft des Landes



In Frankfurt gibt es rund 440 Banken. Eine wird bald den Namen „Europäische Zentralbank“ tragen. Ihr Vorläufer, das Europäische Währungsinstitut, hat bereits Anfang 1994 seine Arbeit aufgenommen. Frankfurt bestätigt so seinen Ruf als wichtige Finanzmetropole in Europa. Drei Viertel der Arbeitsplätze der Stadt sind im Dienstleistungsbereich angesiedelt. Der EU-Durchschnitt liegt bei 60 Prozent. Hessen ist eine hochindustrialisierte Region mit einer ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur. Sie zeichnet sich durch zukunftsorientierte Industrien und einen aktiven, dynamischen Dienstleistungssektor aus. Die Fläche Hessens ist vergleichbar mit der von Wales. Mit 5,6 Millionen Einwohnern hat Hessen eine sehr hohe Bevölkerungsdichte, die 80 Prozent über dem EU-Durchschnitt liegt. Das Bruttoinlandsprodukt Hessens ist um 28 Prozent höher als in den übrigen Ländern der EU und entspricht dem der Lombardei.





## Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

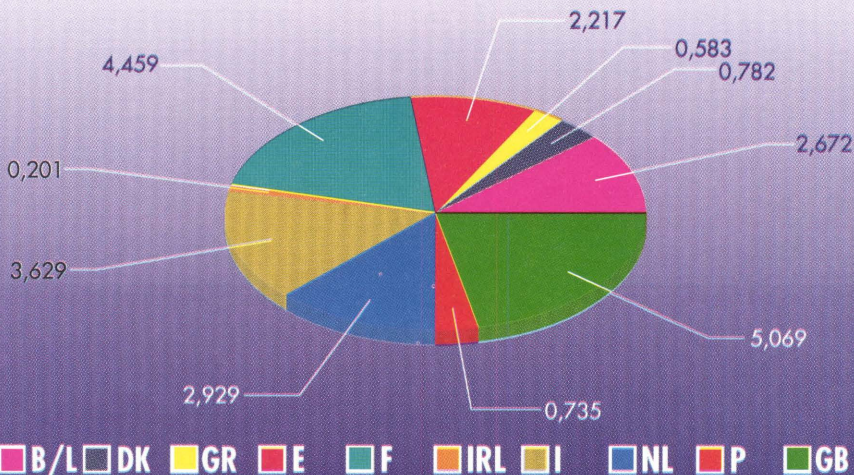
Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Hessen gebracht?“. Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

## Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

## Der Export Hessens in die EU

— 23,3 Milliarden DM: Das sind 51,5 Prozent des Gesamtexports —

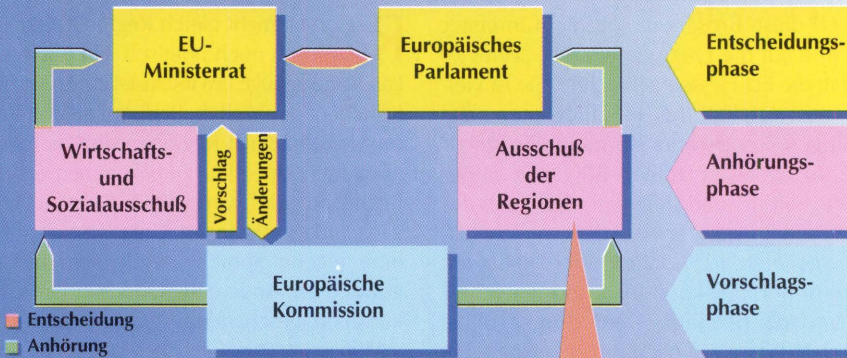


Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM



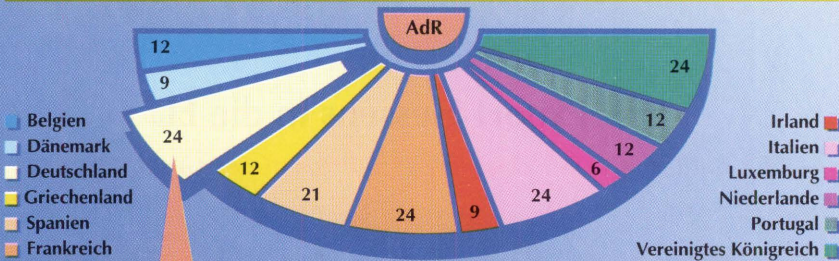
# Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



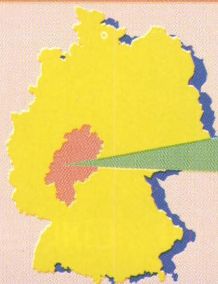
## Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Maßnahmen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Hessen benennt zwei Vertreter



**Herbert Günther**  
Minister des Innern



**Joschka Fischer**  
Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten



Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Hessen seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige, im Grundgesetz verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

### Hessen entscheidet mit

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

### Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EGV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EGV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

### Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**  
Präsident der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden Europas  
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**  
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**  
Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes  
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen



# Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
<b>Europäische Union</b>	<b>100</b>	<b>10,4</b>	<b>Irland</b>	<b>72</b>	<b>18,4</b>
<b>Belgien</b>	<b>108</b>	<b>8,8</b>	<b>Italien</b>	<b>106</b>	<b>11,2</b>
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
<b>Dänemark</b>	<b>111</b>	<b>10,6</b>	Emilia-Romagna	132	4,7
<b>BR Deutschland</b>	<b>106</b>	<b>7,0</b>	Centro	110	7,9
Baden-			Lazio	121	11,0
Württemberg	130	4,1	Campania	73	22,8
Bayern	127	3,9	Abruzzi-Molise	91	13,1
Berlin	95	9,2	Sud	70	17,6
Brandenburg	36	12,0	Sicilia	70	23,1
Bremen	159	8,7	Sardegna	77	19,8
Hamburg	209	5,6	<b>Luxemburg</b>	<b>131</b>	<b>2,4</b>
<b>Hessen</b>	<b>149</b>	<b>4,6</b>	<b>Niederlande</b>	<b>104</b>	<b>8,2</b>
Mecklenburg-			Noord-Nederland	106	10,6
Vorpommern	33	14,1	Oost-Nederland	91	7,9
Niedersachsen	108	6,4	West-Nederland	111	7,9
Nordrhein-			Zuid-Nederland	100	8,0
Westfalen	115	6,6	<b>Portugal</b>	<b>60</b>	<b>4,9</b>
Rheinland-Pfalz	104	4,7	Continente	60	4,9
Saarland	112	7,4	Acores	-	4,6
Sachsen	33	11,5	Madeira	-	3,4
Sachsen-Anhalt	35	13,6	<b>Großbritannien</b>	<b>98</b>	<b>10,3</b>
Schleswig-Holstein	102	5,3	North	86	11,4
Thüringen	30	12,8	Yorkshire and		
<b>Griechenland</b>	<b>49</b>	<b>7,7</b>	Humberside	88	10,2
Voreia Ellada	46	6,3	East Midlands	94	9,0
Kentriki Ellada	48	7,2	East Anglia	99	8,4
Attiki	55	9,9	South East	117	10,5
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	South West	94	9,6
<b>Spanien</b>	<b>80</b>	<b>21,3</b>	West Midlands	89	10,9
Noroeste	66	17,8	North West	90	10,5
Noreste	92	18,6	Wales	83	9,7
Madrid	100	16,5	Scotland	94	10,1
Centro	65	21,0	Northern Ireland	74	15,0
Este	92	19,6			
Sur	64	29,7			
Canarias	79	26,7			
<b>Frankreich</b>	<b>115</b>	<b>10,3</b>			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord -					
Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements					
d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992





Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

---

## Ausschuß der Regionen

---

**D**urch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

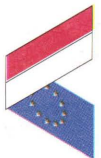
Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Hessen sind dies der Staatsminister des Inneren, Herbert Günther und der Staatsminister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten, Joschka Fischer). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

---

## Die Abgeordneten Hessens im Europäischen Parlament

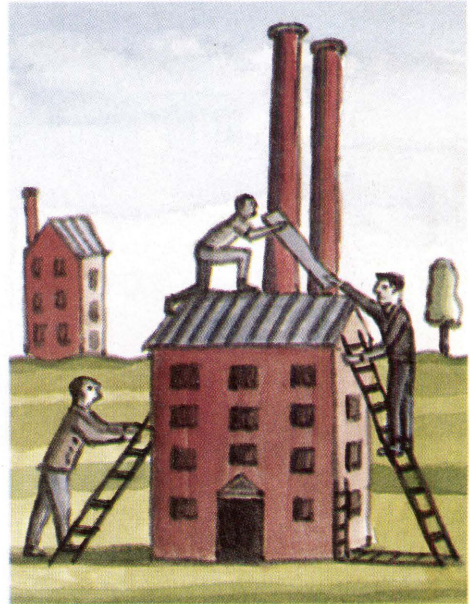
---

**F**ür bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die hessischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms KONVER europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



## DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

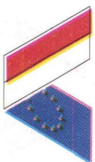
Auch Hessen  
erhält umfangreiche  
EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen, die Ile-de-France und Hamburg, sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

### Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).





Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

## ZIELE

### „Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

### „Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit. Auch Teile der Stadt und des Landkreises Kassel fallen unter diese Förderung.

### „Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

### „Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

### „Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

### „Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit. Unterstützt werden in Hessen Gebiete folgender Kreise: Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Vogelsbergkreis, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner-Kreis.





## Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozeß der EU-Strukturförderung

### Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

### Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.





## Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Hessen viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent der Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

## Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die hessische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

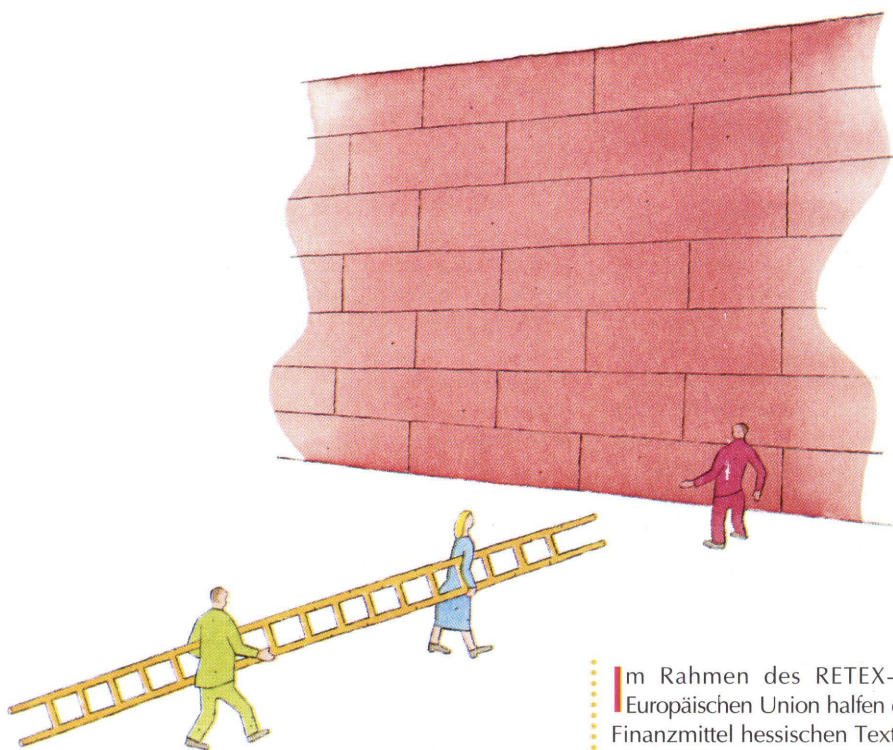
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.

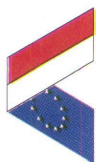


# ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und  
Hessen handeln bei vielen  
Projekten gemeinsam



Im Rahmen des RETEX-Programms der Europäischen Union halfen die bereitgestellten Finanzmittel hessischen Textilunternehmen in den Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Vogelberg und Werra-Meißner die Strukturkrise zu überwinden und wieder Anschluß an den Markt zu finden. Das Wirtschaftsministerium stellte zudem eigene Gelder zur Verfügung und entwickelte ein Strukturhilfeprogramm, an dem sich neun Firmen beteiligten. Außerdem war und ist die Behörde bemüht, kleinen und mittleren Unternehmen bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zu helfen, die nicht im Bereich der Textilverarbeitung liegen. Die Kosten wurden geteilt: 50 Prozent EU-För-





derung, 25 Prozent Landesmittel, den Rest trugen die Unternehmen selbst. Eine intensive Designberatung stand bei den Projekten im Vordergrund. Beispielsweise wurde das Design-Zentrum Darmstadt beauftragt, Firmen bei Gestaltungsfragen beratend und unterstützend zur Seite zu stehen.

So entwickelte der Blockflötenhersteller Mollenhauer zusammen mit Designern eine neue Blockflöte für Kinder. Gesucht wurde eine kindgerechte Gestaltung des nach wie vor belieb-

---

## Regionale Entwicklung

---

ten Musikinstruments, aber auch die Farbgebung sowie Gestaltung der Verpackungstoffe gehörten zur Aufgabenstellung.

Ein weiteres Beispiel ist der in Hessen produzierte „Ski der Zukunft“: Hohlski heißt die Innovation. Mit einer neuartigen Leichtbauweise wird Gewicht eingespart.

Auch ein hessisches Unternehmen, das Blutfilter herstellt und eine Innovation hervorbrachte, ist ein weiteres Beispiel für eine gelungene Förderhilfe der EU. Zwischen Infusionsbeutel und der Kanüle steckt ein Blutfilter, der verhindert, daß Luft in menschliche Adern gelangt. Bisher mußte ein solcher Filter alle zwölf Stunden ausgewechselt werden. Der neue soll wenigstens zwei Tage halten, so daß weniger Abfall und Arbeit entsteht.

„Ohne Förderung wären diese Neuheiten nicht möglich gewesen, und die Projekte laufen besser als erwartet“, kommentiert das hessische Wirtschaftsministerium die Förderhilfe. Alle beteiligten Firmen wollen auf die Beratungshilfe nicht mehr verzichten, weil sie die konkrete Erfahrung gemacht haben, daß sich damit ihre Absatzmöglichkeiten verbessern lassen.

Die Firma Odenwald Konserven konnte mit Finanzhilfen der Europäischen Union die Verarbeitung und Konservierung ihrer Produkte - Sauerkirschen, Pflaumen und Äpfel - verbessern. Das Unternehmen, mit Sitz in

---

## Landwirtschaft

---

einem „Ziel-5b-Gebiet“, steigerte so seine Jahresproduktion von 26 000 auf 30 600 Tonnen. Diese setzt das Unternehmen sowohl im Einzelhandel, bei Großverbrauchern wie Kantinen und Krankenhäusern, als auch über den Export ab. Ein Viertel der Investitionssumme stellte die Europäische Union, zehn Prozent kamen aus nationalen Mitteln.

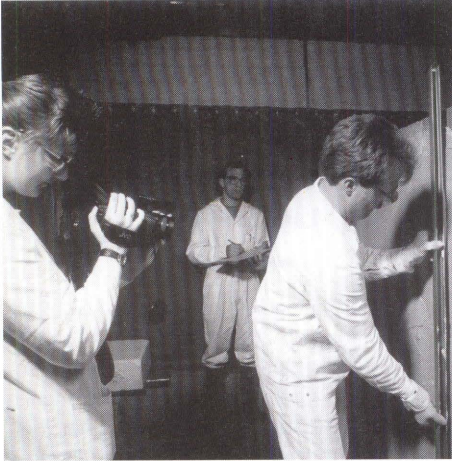
In der Zeit von 1990 bis 1992 förderte die Europäische Union mit 7,9 Millionen ECU insgesamt 15 hessische Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte vermarkten oder verarbeiten. Zusätzlich modernisierten 90 Landwirte mit Fördermitteln der Europäischen Union ihre Betriebe und 380 Jungbauern nahmen EU-kofinanzierte Weiterbildungsprogramme in Anspruch. 16 000 Betriebe in klimatisch oder geographisch ungünstigen Lagen erhielten direkte Einkommensbeihilfen aus dem Agrarfonds.

---

## Grenzüberschreitende Kooperationen

---

Hessische Unternehmen schlossen insgesamt 649 Kooperationen mit Firmen im europäischen Ausland. Große Betriebe, Universitäten, Forschungszentren sowie kleine und mittlere Unternehmen erhielten in den Jahren 1987-1992 fast 31 Millionen ECU Förderhilfe für grenzüberschreitende Vorhaben.



*Umschulungen helfen beim neuen Einstieg in den Arbeitsmarkt.*

---

## Forschung und Entwicklung

---

**D**ELTA heißt das Programm der EU, an dem sich Unternehmen oder Forschungseinrichtungen beteiligen können, die sich mit Fernunterricht beschäftigen. Voraussetzung der Förderung ist die Teilnahme von wenigstens zwei Partnern, von denen der eine aus dem europäischen Ausland kommen muß.

An der MTS (Multimedia Tele School) studieren zur Zeit 1 600 Studenten aus acht europäischen Ländern. Mit dem Projekt wird ein neues Konzept für das Fernstudium erprobt. Unterricht und Lernprogramme wurden über den Fernsehsender ARTE ausgestrahlt. Zusätzlich sind die Studenten über Netzwerke miteinander verbunden.

Das Projekt DEDICATED ist die Antwort auf die Anfragen kleiner und mittlerer Unternehmen nach hochentwickelten Schulungsprogrammen für ihre Mitarbeiter. Dabei geht es um Software zum Erlernen von CAD- (Computer Aided Design) und CAM- (Computer Aided Manufacturing) Programmen, die für Unternehmen und Technische Universitäten gleichermaßen geeignet sind.

Im Rahmen des Projekts entwickelte sich ein Netzwerk Technischer Hochschulen aus vier Ländern (Griechenland, Frankreich, Portugal und Deutschland). Sobald die Erprobungsphase beendet ist, wird das Netzwerk auf andere Länder ausgeweitet. Interessenten aus allen Mitgliedsländern der Union können dann an den Schulungen teilnehmen.

Mit einem Halbleiter-Projekt wurde Europa zum führenden Hersteller für hochentwickeltes „lithography equipment“. Dieses wird zur Fertigung integrierter Schaltkreise für die Produktion der nächsten Generation der „64 Mega-Byte-Chips“ benötigt. Die Kooperation zwischen einer holländischen Firma und den deutschen Unternehmen Carl Zeiss und Siemens trug zu diesem Erfolg bei.

**C**OMETT fördert die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der Technologie. 1992 hatten über 40 Studierende Gelegenheit, die Arbeitsweise anderer europäischer Forschungsinstitute und Unternehmen kennenzulernen. Im Studienjahr 1992 standen dafür über 600 000 ECU bereit.

13 Hochschulen haben am ERASMUS-Programm teilgenommen. Mit ERASMUS können Studenten aller Fachrichtungen ihr Studium ein Jahr lang im europäischen Ausland fortsetzen.

---

## Bildungs- und Austauschprogramme

---

1231 hessische Studenten beanspruchten 1992 diese Förderung. Im Gegenzug kamen genauso viele ausländische Studenten nach Hessen.

Sieben Institutionen, acht Unternehmen und vier andere Organisationen profitieren von TEMPUS (transeuropäisches Mobilitätsprogramm für die Hochschulen). Insbesondere in Ost- und Mitteleuropa fördert TEMPUS Ausbildungsprojekte und die Mobilität von Studenten, Hochschullehrern und Ausbildern. Die Berlitz-Sprachschule, Motorola, Siemens und Hoechst, die Evangelische Fachhochschule und die Justus-Liebig-Universität Gießen sind Projekt-Partner.





*EU fördert den Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte.*

Das Programm „Jugend für Europa“ hat das Ziel, den Austausch europäischer Jugendlicher zwischen 15 und 25 Jahren außerhalb des schulischen Rahmens und der Berufsausbildung zu fördern. In den Jahren 1989 bis 1992 gab es in Hessen 99 Projekte dieser Art. Hessen beteiligte sich damit nach Nordrhein-Westfalen am häufigsten an der Aktion „Jugend für Europa“. Die Europäische Union unterstützte diese Aktivitäten mit 527 701 ECU.

### **Hochschulen denken über die europäische Integration nach**

Die Europäische Union beschränkt sich nicht auf die Förderung neuer Technologien. „Aktion Jean Monnet“ betrifft die Gebiete der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Über dieses Programm unterstützt die Europäische Union Hochschulinitiativen, die das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema europäische Integration erweitern.

An sechs hessischen Universitäten wurden zwischen 1990 und 1992 zehn Projekte mit insgesamt 116 207 ECU bezuschusst. Dazu gehörten die Technische Hochschule Darmstadt, die Fachhochschule Frankfurt, die Fachhochschule Fulda, die Gesamthochschule Universität Kassel und die Universität Marburg.

Zwischen 1990 und 1993 ermöglichte der Europäische Sozialfonds (ESF) in Hessen rund 4 000 Langzeitarbeitslosen mit 14 Millionen ECU den beruflichen Wiedereinstieg. „Lernen mit Kopf und Hand“ nannte das Land die Eingliederungslehrgänge in Berufs- und Arbeitswelt.

### **Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds**

Zur Zielgruppe gehören Übersiedler, Ausländer und anerkannte Asylberechtigte. Die Projekte sind vielfältig: So arbeiten die „Metaller“ in einer Fahrradwerkstatt; sie bauen Bootsanhänger oder konstruieren Müllsortiersysteme und Computertische. Zum Berufsfeld „Ernährung und Hauswirtschaft“ gehören Arbeiten in einem Schulcafé, ein internationaler Frühstücksservice oder auch die Produktion eines Kochbuches. Im Fachbereich „Textil“ wirkten Kursteilnehmer an der Gestaltung eines Bühnenbildes bei den Hersfelder Festspielen mit. Von 1990 bis 1993 nahmen 2 200 junge Aussiedler und Ausländer an diesem Programm teil. Anschließend fanden 85 Prozent von ihnen einen festen Arbeitsplatz.



Flughafen Frankfurt: Neuer Terminal mit EIB-Kredit finanziert.

12 000 Jugendliche nahmen in Hessen an vielfältigen, von der EU geförderten Aus- und Weiterbildungen teil. Die Lernziele reichten vom nachgeholt Schulabschluß bis zur abgeschlossenen Berufsausbildung. Aus dem ESF kamen dafür 33 Millionen ECU.

NOW (New Opportunities for Women) ist ein EU-Programm, um die Chancengleichheit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen und ihnen den beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase zu erleichtern. Die Volkshochschule Rheingau-Taunus bietet für alleinerziehende Frauen, die von der Sozialhilfe leben, einen zehnmonatigen Kurs mit abschließender staatlicher Prüfung zur Hauswirtschafterin an. Die Ausbildung findet in ländlichen Volkshochschulen statt, um Frauen

abseits der großen Zentren zu erreichen. Der Kurs ist ganztags und die Kinderbetreuung wird übernommen. Zwei Tage in der Woche ist Unterricht, drei Tage arbeiten die Frauen in Altenheimen, Krankenhäusern und für soziale Hilfsdienste. Nach der Prüfung zur Hauswirtschafterin bekommen 70 Prozent eine feste Anstellung.

### Kredite der Europäischen Investitionsbank

Von der europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg erhielt die Flughafen Frankfurt am Main AG 1990 einen Kredit in Höhe von 24,6 Millionen ECU zum Bau eines neuen Terminals. 1992 nahm die Flughafen AG dazu nochmals eine Anleihe in Höhe von 62,2 Millionen ECU auf.

